

Lebensbedingungen und Einkommen der Haushalte in Baden-Württemberg: ausgewählte Ergebnisse der Erhebung EU-SILC 2008

Eisenreich, Dirk

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Eisenreich, D. (2010). Lebensbedingungen und Einkommen der Haushalte in Baden-Württemberg: ausgewählte Ergebnisse der Erhebung EU-SILC 2008. *Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg*, 10, 36-40. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-412714>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Lebensbedingungen und Einkommen der Haushalte in Baden-Württemberg

Ausgewählte Ergebnisse der Erhebung EU-SILC 2008

Dirk Eisenreich



Dipl.-Geograf Dr. Dirk Eisenreich ist Referent im Referat „Preise, Verdienste, Freiwillige Haushaltsbefragungen“ des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg.

Die Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen EU-SILC (Leben in Europa) wird seit einigen Jahren in den Ländern der Europäischen Union durchgeführt. Zu den Themen dieser Erhebung gehören neben dem Einkommen auch wichtige Lebensbereiche wie etwa die Wohnsituation oder die Gesundheit. EU-SILC ist die Standarddatenquelle für die Messung von Armut und Lebensbedingungen in den Mitgliedstaaten der EU und eine wichtige Basis für die europäische Sozialpolitik. Neben den EU-weiten Zahlen zur Armutsgefährdung und zum Haushaltseinkommen wurden für diesen Beitrag auch Daten des Jahres 2008 für Baden-Württemberg ausgewertet. Ausgewählte Ergebnisse geben einen Einblick in die Einkommensverteilung und zu Einschätzungen über die Themen Wohnkosten, Wohnumfeld und Gesundheit.

In Deutschland wird seit dem Jahr 2005 die europäische Statistik EU-SILC (Leben in Europa) erhoben (siehe *i-Punkt*). Einen Themenschwerpunkt bei EU-SILC bildet die Einkommenssituation der Haushalte mit detaillierten Angaben zum Erwerbseinkommen, zu erhaltenen Sozialleistungen sowie zu den gezahlten Steuern und Sozialbeiträgen. Weitere Themen der Erhebung bilden allgemein die Lebensbedingungen, so der Gesundheitszustand, die Wohnsituation (zum Beispiel Zustand der Wohnung, Probleme im Wohnumfeld), der Bildungsstand und die Kinderbetreuung. Bei EU-SILC werden auch Fragen zu subjektiven Einschätzungen gestellt, beispielsweise wie die Haushalte mit ihrem Einkommen zurechtkommen oder wie die Belastung durch die Wohnkosten gesehen wird. Ergänzt wird die Erhebung durch ein jährlich wechselndes Schwerpunktmodul.

Vorrangiges Ziel von EU-SILC ist es, Statistiken und Indikatoren für die Europäische Union zur Verfügung zu stellen und somit Vergleiche zwischen den einzelnen Staaten zu ermöglichen.¹ Veröffentlichungen und Analysen zu EU-SILC liegen bisher im Wesentlichen als bundesweite Ergebnisse für Deutschland vor², während die detaillierte Perspektive der einzelnen Bundesländer bei dieser Erhebung auch aus metho-

dischen Gründen eher in den Hintergrund tritt. Das Hochrechnungsverfahren der EU-SILC-Statistik ist auf das gesamte Bundesgebiet bezogen. Auswertungen sind jedoch auch für Baden-Württemberg und die Bundesländer möglich. Im Folgenden werden neben einem EU-Vergleich zur Armutsgefährdung auch ausgewählte Ergebnisse zur Einkommenssituation und den Lebensbedingungen der privaten Haushalte im Land dargestellt.



Die Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen EU-SILC (European Union Statistics on Income and Living Conditions) wird in Deutschland auch mit „**Leben in Europa**“ bezeichnet. Die Statistik ist die EU-weit vergleichbare Datenquelle über Einkommen, Armut und Lebensbedingungen in Europa. Sie wird seit 2005 in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie in Norwegen und Island durchgeführt. Um die Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu gewährleisten, werden EU-weit die gleichen Merkmale erhoben, für die Erhebungsmethoden gelten verbindliche Mindeststandards. Die Befragung wurde insbesondere auf die Berechnung vergleichbarer Indikatoren für die soziale Eingliederung (sogenannte Laeken-Indikatoren) zugeschnitten und ist damit eine wichtige Basis für die europäische Sozialpolitik.

Für die freiwillige Teilnahme an EU-SILC werden in Deutschland jedes Jahr rund 14 000 Privathaushalte ausgewählt, die in 4 aufeinander folgenden Jahren jeweils einmal jährlich befragt werden. In Baden-Württemberg sind dies rund 1 700 Haushalte mit insgesamt etwa 3 300 Personen. Die Stichprobenauswahl erfolgt so, dass ein repräsentatives Bild der Gesamtbevölkerung entsteht. Die Befragung besteht aus zwei Erhebungsteilen, einem Haushaltsfragebogen und einem Personenfragebogen für Haushaltsmitglieder ab 16 Jahren, und wird schriftlich durchgeführt.

1 Eurostat veröffentlicht EU-SILC-Ergebnisse im Internet unter der Rubrik „Einkommen, soziale Eingliederung und Lebensbedingungen“.

2 Aktuelle Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes zu EU-SILC 2008: Sikorski, U./Kuchler, B.: Wie schätzen Haushalte ihre finanzielle Situation ein? in: Wirtschaft und Statistik Heft 7/2010, S. 664 ff; und Deckl, S.: LEBEN IN EUROPA 2007 und 2008. in: Wirtschaft und Statistik Heft 1/2010, S. 74 ff.

3 Referenzjahr für die Ermittlung des Einkommens ist bei EU-SILC jeweils das Vorjahr, in diesem Fall also 2007.



Das **Äquivalenzeinkommen** ist eine Rechengröße, die dazu dient, die ökonomische Situation von privaten Haushalten unterschiedlicher Größe besser miteinander vergleichen zu können. Für Mehrpersonenhaushalte wird dazu ein Einkommen ermittelt, das einem Einpersonenhaushalt entsprechen würde. Das Äquivalenzeinkommen wird errechnet, indem das verfügbare Haushaltseinkommen durch die Summe der Bedarfsgewichte der im Haushalt lebenden Personen geteilt wird. Nach EU-Standard wird zur Bedarfsgewichtung die neue OECD-Skala verwendet. Danach wird der ersten erwachsenen Person im Haushalt das Bedarfsgewicht 1 zugeordnet, für die weiteren Haushaltsmitglieder werden geringere Gewichte eingesetzt (0,5 für weitere Personen im Alter von 14 und mehr Jahren und 0,3 für jedes Kind im Alter von unter 14 Jahren), weil angenommen wird, dass sich durch gemeinsames Wirtschaften Einsparungen erreichen lassen.

Der **Median** (Zentralwert) ist der mittlere Wert einer aufsteigend geordneten Datenreihe. Das bedeutet beim Einkommen, dass die eine Hälfte der Bevölkerung mehr, die andere Hälfte weniger Einkommen zur Verfügung hat.

nenhaushalt). Haushalte, die ein geringeres verfügbares Jahreseinkommen haben, gelten als armutsgefährdet. Einen Vergleich des Äquivalenzeinkommens in den Staaten der EU zeigt *Schaubild 1*.

Die Armutsgefährdungsquote in Deutschland betrug für das Jahr 2008 rund 15 %. Im EU-Vergleich (*Schaubild 2*) befindet sich Deutschland damit im Mittelfeld, der Durchschnittswert für die 27 Staaten der Europäischen Union liegt bei 16,5 %. Die geringsten Armutsgefährdungsquoten in der EU hatten die Tschechische Republik (9 %) und die Niederlande (10,5 %) sowie einige mittel- und nordeuropäische Staaten, während höhere Werte vor allem in süd- und osteuropäischen Staaten zu verzeichnen waren. Die höchsten Quoten wiesen Rumänien (23 %) und Lettland (26 %) auf.

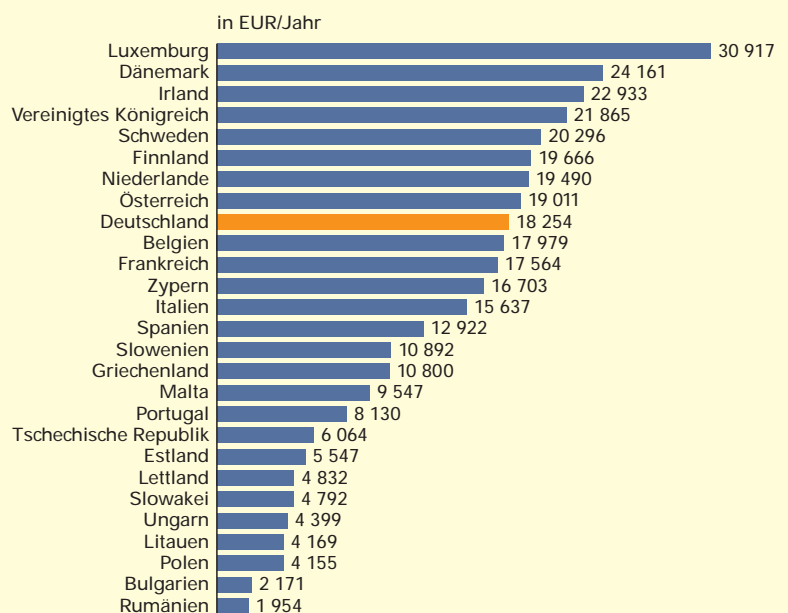
Zu den Hintergründen für geringe Armutsgefährdungsquoten zählt neben ausgebauten Sozialsystemen auch ein geringes Wohlstandsfälle, also eine geringere Streuung der Einkommen. Dies zeigt sich besonders in Staaten mit einem im EU-Vergleich zwar niedrigem mittleren Haushaltseinkommen, aber auch geringeren Einkommensunterschieden. Dies betrifft die Tschechische Republik, die Slowakei, Slowenien und Ungarn.

Armutsgefährdung im Vergleich der EU-Staaten

Ein Indikator, der besonders im Fokus der EU-Sozialpolitik steht und der mit den Einkommensdaten aus EU-SILC berechnet wird, ist die Armutsgefährdungsquote. Dieser Indikator dient der Messung relativer Einkommensarmut und wird definiert als der Anteil der Personen, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der gesamten Bevölkerung in Privathaushalten beträgt (Begriffserläuterungen siehe *i-Punkt*). Die Armutsgefährdungsquoten beziehen dabei üblicherweise neben allen Arten von Einkünften auch die Sozialtransfers mit ein.

Für Deutschland errechnet sich aus der EU-SILC-Erhebung 2008³ ein medianes Äquivalenzeinkommen von 18 254 Euro pro Jahr. Der Schwellenwert für Armutsgefährdung betrug davon ausgehend 10 953 Euro für alleinlebende Personen und beispielsweise für Haushalte mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren 23 001 Euro (Bedarfsgewicht dieses Haushaltstyps 2,1 gegenüber einem Einperso-

S1 Median des Äquivalenzeinkommens in den EU-Staaten 2008*)



*) Referenzjahr für die Ermittlung des Einkommens ist bei EU-SILC jeweils das Vorjahr.
Daten: Eurostat.

Während auf europäischer Ebene und auf Bundesebene EU-SILC als Datenquelle zur Berechnung der Armutsgefährdungsquoten herangezogen wird, ist diese Statistik für Ergebnisse auf Ebene der Bundesländer oder von Regionen weniger geeignet, da der Stichprobenumfang nicht groß genug ist, um auch für kleinere Bundesländer die entsprechenden Indikatoren auszuweisen.

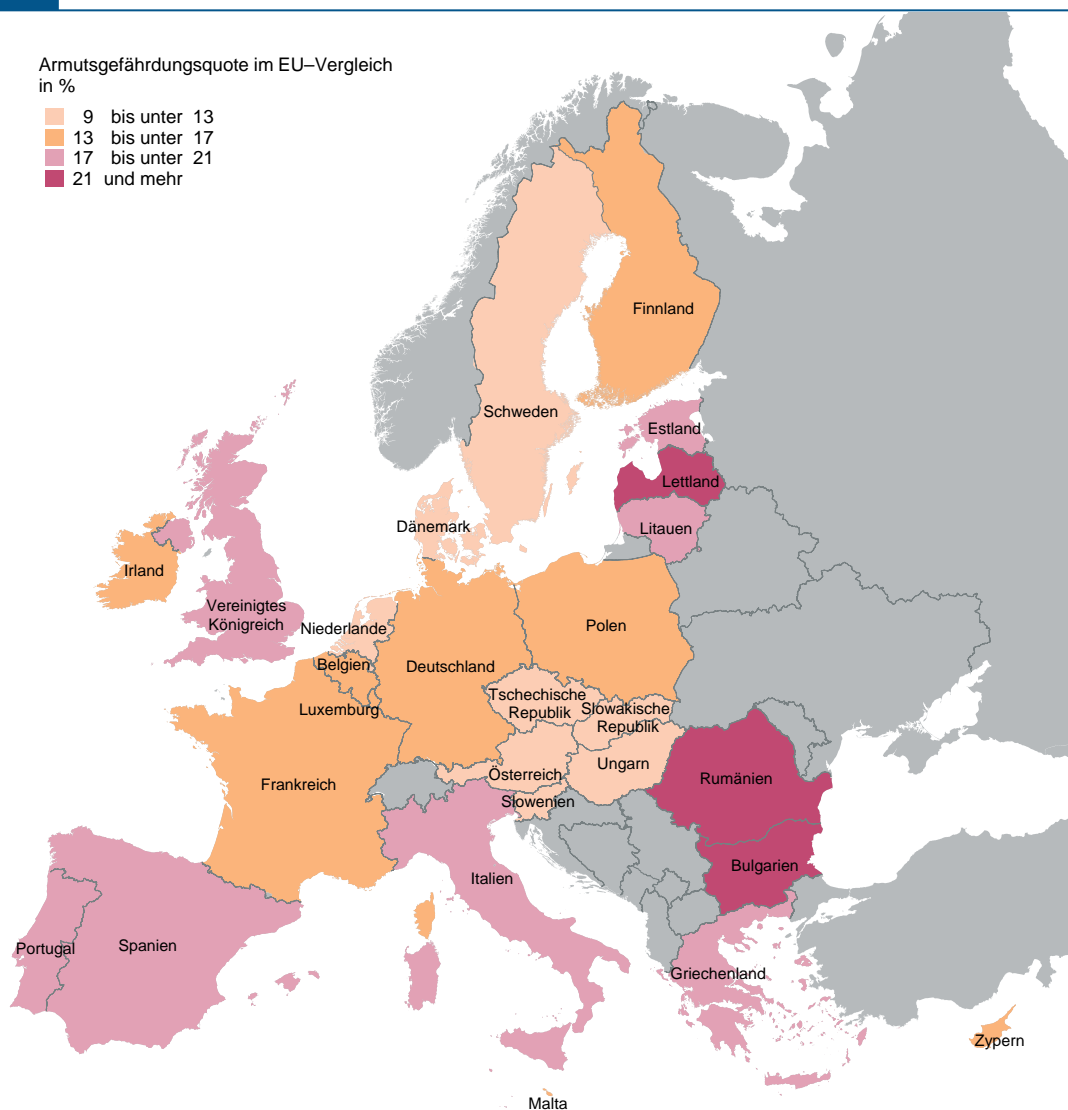
Armutsgefährdungsquoten für die Bundesländer und auf kleinräumigerer Ebene werden von der amtlichen Statistik daher auf der Grundlage des Mikrozensus berechnet, der einen deutlich

größeren Stichprobenumfang hat. Veröffentlicht werden diese Daten im Projekt „Amtliche Sozialberichterstattung“ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder.⁴

Einkommensverteilung der Haushalte in Baden-Württemberg

Das Einkommen der privaten Haushalte bildet einen Schwerpunkt der Erhebung EU-SILC. Als eine wichtige Ergebnisgröße wird das verfügbare Haushaltseinkommen berechnet. Addiert werden hierfür alle Einkünfte aller Haushalts-

S2 Armutsgefährdungsquoten in den EU-Staaten 2008



Ergebnisse aus EU-SILC 2008, Daten: Eurostat.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

53-53-10-004
© Kartengrundlage GfK GeoMarketing GmbH
Karte erstellt mit RegioGraph

⁴ Tabellen und Erläuterungen finden sich im Internet unter www.amtliche-sozialberichterstattung.de

mitglieder. Dazu gehören Einkünfte aus Erwerbstätigkeit, aus Vermietung, Verpachtung und Kapitalanlagen, alle staatlichen (Sozial-) Leistungen, Renten, Pensionen und auch regelmäßige Zahlungen von anderen Privathaushalten. Abgezogen werden sämtliche auf die Einkünfte gezahlten Steuern und Sozialversicherungsbeiträge sowie Unterhaltszahlungen an andere Privathaushalte.

Für Baden-Württemberg wird in der Erhebung 2008 ein medianes verfügbares Haushaltseinkommen von knapp 29 000 Euro im Jahr errechnet. Die Verteilung des verfügbaren Haushaltseinkommens nach Größenklassen (*Schaubild 3*) zeigt, dass 8 % der Haushalte weniger als 10 000 Euro im Jahr zur Verfügung haben. Fast 2,2 Mill. Haushalte im Land (45 %) haben ein Jahreseinkommen zwischen 10 000 und 30 000 Euro. Eine etwas größere Zahl an Haushalten (2,24 Mill., das sind knapp 47 %) in Baden-Württemberg verfügt hingegen über mehr als 30 000 Euro. Darunter sind immerhin auch knapp 350 000 Haushalte mit einem vergleichsweise hohen Jahreseinkommen von über 70 000 Euro.

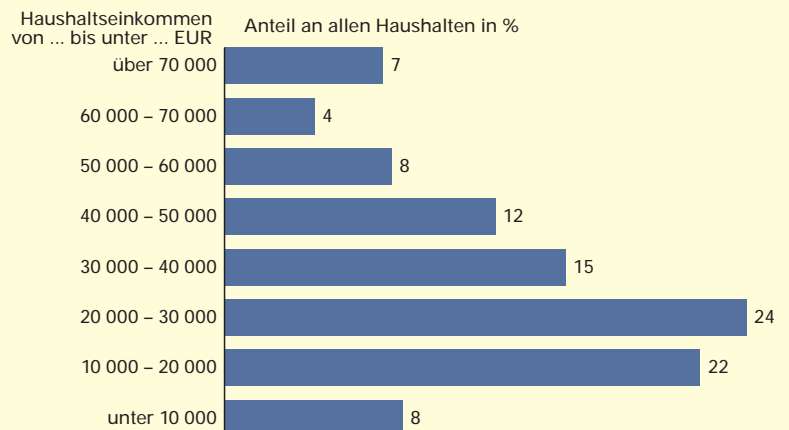
Wie kommen die Haushalte mit ihrem Einkommen zurecht?

In Baden-Württemberg kamen 2008 gut 82 % der privaten Haushalte nach eigener Einschätzung insgesamt gut mit dem monatlichen Einkommen zurecht, davon die meisten „relativ gut“ und „gut“ sowie einige „sehr gut“ (*Schaubild 4*). Diese Werte liegen etwas höher als die für Deutschland (insgesamt 78 % mit Einschätzungen „sehr gut“, „gut“ oder „relativ gut“) und spiegeln damit die ökonomisch vergleichsweise gute Lage des Landes wider. Hingegen kommt etwa jeder sechste Haushalt im Land (rund 17 %) mit dem monatlichen Einkommen eher schlecht zurecht. Davon gaben die meisten „relativ schlecht“ an und nur sehr wenige „schlecht“ bzw. „sehr schlecht“.

Die Haushalte werden bei EU-SILC auch nach der finanziellen Belastung durch die Wohnkosten gefragt, die sowohl Mietkosten bzw. die Rückzahlung von Krediten als auch die laufende Kosten umfassen. Für Baden-Württemberg zeigen die Ergebnisse 2008, dass für 18 % der Haushalte im Land die Wohnkosten keine finanzielle Belastung darstellen, während 61 % eine gewisse Belastung und 20 % eine große Belastung feststellen. Gegenüber der Befragung im Jahr 2005 zeigt sich jedoch eine leichte Entspannung in der Einschätzung zu den Wohnkosten. 3 Jahre zuvor hatten noch 24 % der Haushalte eine große Belastung gesehen.

S3

Verfügbares jährliches Haushaltseinkommen in Baden-Württemberg 2008*) nach Einkommensklassen



*) Referenzjahr für die Ermittlung des Einkommens ist bei EU-SILC jeweils das Vorjahr. Median des verfügbaren jährlichen Haushaltseinkommens: 28 733 Euro.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

824 10

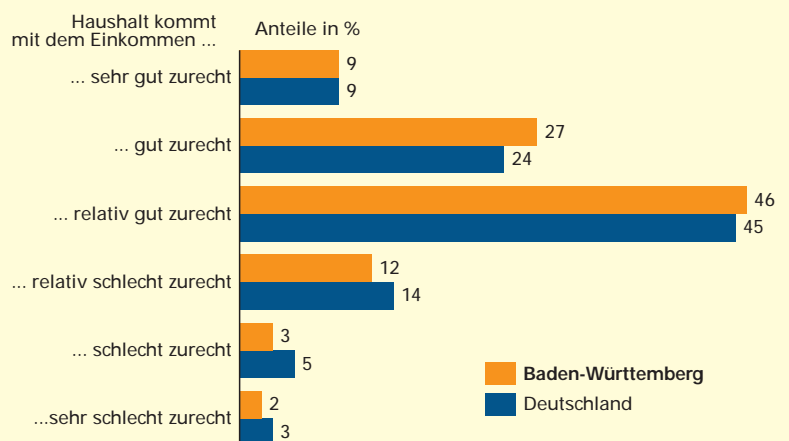
Einschätzungen zu Problemen im Wohnumfeld und zur Gesundheit

Bei ihren Einschätzungen zu Problemen im Wohnumfeld gaben 23 % der Bevölkerung in Baden-Württemberg im Jahr 2008 an, sich durch Lärmbelästigung, zum Beispiel durch Nachbarn oder durch Verkehrslärm, gestört zu fühlen. Der Landeswert lag damit knapp unter dem Bundeswert von 26 %, aber beispielsweise etwas höher als der EU-Durchschnitt von 22 %.

Im Vergleich zur Lärmbelästigung leiden deutlich weniger Menschen im eigenen Wohnumfeld unter Kriminalität, Gewalt oder Gebäude-

S4

Zurechtkommen der privaten Haushalte*) mit dem monatlichen Einkommen in Deutschland und Baden-Württemberg 2008



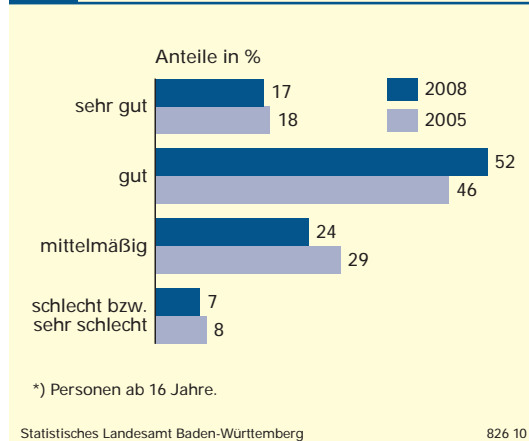
*) Selbsteinschätzung der Haushalte.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

825 10

S5

Selbsteinschätzung des Gesundheitszustands*) in Baden-Württemberg 2005 und 2008



Zu ihrem subjektiven Gesundheitsempfinden werden bei EU-SILC alle Personen ab 16 Jahren befragt. Im Jahr 2008 schätzten 17 % ihren Gesundheitszustand als „sehr gut“ und 52 % als „gut“ ein. Damit sind die positiven Antworten etwas häufiger geworden als im Jahr 2005 (*Schaubild 5*). Dementsprechend gingen die kritischen Einschätzungen des eigenen Gesundheitszustands im Vergleichszeitraum etwas zurück. Rund ein Viertel der Befragten antwortete 2008 mit „mittelmäßig“, weitere 7 % mit „schlecht“ bzw. „sehr schlecht“. Weiterhin wurde nach einer dauerhaften Einschränkung in der Ausübung alltäglicher Arbeiten durch Krankheit gefragt. Dabei stellten 9 % der Personen ab 16 Jahren eine erhebliche Einschränkung fest, während rund 70 % sich im Alltag gar nicht eingeschränkt sehen. ■

beschädigungen. Während sich etwa jeder Achte (13 %) in Deutschland davon beeinträchtigt fühlt, wird dies in Baden-Württemberg nur von 9 % aller Personen als Problem genannt. Der geringere Anteil im Land verweist auf ein vergleichsweise höheres Sicherheitsempfinden der Bewohner im Südwesten.

Weitere Auskünfte erteilt

Dr. Dirk Eisenreich, Telefon 0711/641-20 91,
Dirk.Eisenreich@stala.bwl.de

kurz notiert ...

Verbraucherpreise steigen

Im September 2010 erhöhte sich der Verbraucherpreisindex für Baden-Württemberg gegenüber dem Vorjahresmonat um 1,3 % auf einen Indexstand von 108,6. Damit bewegt sich der Anstieg im Schnitt weiter auf gleichbleibendem Niveau. Gegenüber dem Vormonat August 2010 blieb der Verbraucherpreisindex unverändert.

Im Vergleich zum September 2009 legten die Preise für Heizöl (24,8 %) und Kraftstoffe (10 %) spürbar zu. Ohne Berücksichtigung dieser Energieträger läge der Anstieg der Teuerungsrate nur bei 0,7 %. Bei den Kraftstoffen legte insbesondere der Dieselpreis deutlich um 14,9 % zu. Hier könnte auch ein konjunkturell bedingter, gewerblicher Nachfrageanstieg eine Rolle spielen. Der Strompreis stieg binnen Jahresfrist um 3 %. Fernwärme (– 6,1 %) und Gas (– 4,5 %) wurden dagegen billiger.

Die Nahrungsmittelpreise legten im gleichen Zeitraum 2 % zu. Teurer wurden insbesondere Butter (34,5 %) und Gemüse (8,6 %), während Fleischerzeugnisse (– 0,6 %) sowie Brot und Getreiderzeugnisse (– 0,4 %) etwas billiger wurden. Die Ausgaben rund um das Wohnen stiegen um 1,3 %. Die Preise für Bekleidung und

Schuhe legten um 1,6 % zu. Billiger wurden dagegen Foto- und Filmausrüstungen (– 6,4 %) und Unterhaltungselektronik (– 2,5 %). Gegenüber dem Vormonat August 2010 stieg der Preis für Heizöl um 3,5 %. Kraftstoff wurde um 1,6 % teurer. Bekleidung und Schuhe stiegen aufgrund des Umstiegs auf die Winterware um 3,6 %. Bei Nahrungsmitteln gingen dagegen die Preise um 0,2 % zurück. Zum Ferienende wurden auch Übernachtungen in Baden-Württemberg sowie Pauschalreisen (jeweils – 9,1 %) deutlich günstiger.

Konsumausgaben privater Haushalte 2008

Die privaten Haushalte in Baden-Württemberg gaben im Jahr 2008 durchschnittlich 2 472 Euro im Monat für den Konsum aus. Damit lag der private Konsum der Haushalte im Land um 227 Euro höher als der bundesweite Wert von 2 245 Euro im Monat.

Der größte Posten bei den Ausgaben der Haushalte entfiel auf den Bereich Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung mit 789 Euro im Monat. Das ist fast ein Drittel aller Konsumausgaben (31,9 %). Danach folgten die monatlichen Ausgaben für die Bereiche Verkehr (15,8 %), Nahrungsmittel (13,9 %) sowie Freizeit (11,3 %). ■